

Das Blaue Kamel: Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Antworten der AfD Berlin

Bereich Arbeitsmarkt

1. Viele Unternehmen in Berlin zögern, Menschen mit Behinderung einzustellen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Unternehmen unterstützen, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen? Was planen Sie, um Barrieren im Arbeitsleben abzubauen?

Wer schwerbehinderte Menschen einstellt, soll dafür belohnt werden und nicht nur zahlen müssen, wenn er es unterlässt. Wir wollen einen Bonus für Betriebe, die ihre Pflichtarbeitsplätze besetzen, finanziert aus dem Aufkommen der Ausgleichsabgabe, und eine verlässliche Förderung der Inklusionsbetriebe nach § 215 SGB IX. Das Land Berlin muss dabei vorangehen: Wir wollen die landeseigene Beschäftigungsquote jährlich offenlegen, Behörde für Behörde.

2. Viele Menschen mit Behinderung arbeiten in Werkstätten. Sie bekommen dort wenig Geld. Es ist schwer für sie, eine andere Arbeit zu finden. Was wollen Sie tun, damit mehr Menschen mit Behinderung Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen? Wie wollen Sie helfen, dass Werkstätten die Menschen besser beim Wechsel unterstützen?

Werkstätten sind für viele Menschen kein Zwischenschritt, sondern ihr Arbeitsplatz. Wir wollen sie erhalten und modernisieren. Gleichzeitig muss der Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt endlich funktionieren: Das Budget für Arbeit gibt es seit 2018, genutzt wird es kaum. Wir wollen die Übergangsbegleitung aufstocken und das Rückkehrrecht nach § 220 Abs. 3 SGB IX unangetastet lassen. Beim Entgelt von durchschnittlich 232 Euro unterstützen wir eine Anhebung, die nicht zu Lasten der Werkstattplätze geht.

Bereich Teilhabe

3. In Berlin fehlen vielerorts pädagogische und pflegerische Fachkräfte, sodass Unterstützung und Teilhabe darunter leiden. Was tut Ihre Partei konkret, damit mehr Menschen den Beruf der Heilerziehungspflege erlernen wollen?

An öffentlichen Fachschulen ist die Heilerziehungspflege schulgeldfrei, bei freien Trägern zahlen Auszubildende bis heute 80 bis 100 Euro im Monat. Diese Ungleichbehandlung wollen wir beenden und die Schulgeldfreiheit ausweiten. Dazu brauchen wir mehr praxisintegrierte Ausbildungsplätze mit Vergütung von Anfang an, damit auch Quereinsteiger den Beruf noch ergreifen können. Wir setzen auf die Menschen, die schon hier leben, nicht auf Zuwanderung.

4. Menschen mit Behinderung haben ein Recht. Sie dürfen selbst entscheiden, wie und wo sie leben. Was planen Sie, damit Menschen mit Behinderung in Berlin wirklich selbst entscheiden können, wie sie leben und welche Unterstützung sie bekommen?

Selbstbestimmung entscheidet sich daran, ob die Assistenz bezahlt wird. Wir haben das im Abgeordnetenhaus parlamentarisch eingefordert (u. a. Drs. 19/1689): Der Tarifvertrag zwischen AAPA und ver.di muss in den Kostenzusagen anerkannt und die Refinanzierung im Arbeitgebermodell dauerhaft gesichert werden, mit Tarifierhöhungen ohne neues Antragsverfahren. Das Wunsch- und Wahlrecht nach §§ 8 und 104 SGB IX darf nicht am Kostenvorbehalt scheitern.

Bereich Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren

5. In Berlin dauern Verwaltungsverfahren oft lange und sind für viele Menschen schwer verständlich. Frage: Was wollen Sie konkret tun, um Anträge, Genehmigungen und Verwaltungsprozesse einfacher und schneller zu machen?

In Berlin dauerte ein Verfahren in der Eingliederungshilfe 2023 im Schnitt 148 Tage. Wir wollen, dass der Senat die Bearbeitungsdauer je Bezirk halbjährlich veröffentlicht und die Sozialämter dafür personell ertüchtigt werden. Bei der Neuordnung des Trägers der Eingliederungshilfe muss die Bedarfsermittlung wohnortnah bleiben, notfalls im Hausbesuch.

6. Träger sozialer Einrichtungen in Berlin berichten von hohem bürokratischem Aufwand bei Förderanträgen und Abrechnungen. Frage: Welche Maßnahmen planen Sie, um soziale Organisationen spürbar zu entlasten?

Zwölf Bezirke mit zwölf Formularsätzen sind der teuerste Teil dieser Bürokratie. Wir wollen ein berlinweit verbindliches Formular- und Nachweiswesen in der Behindertenhilfe, Pauschalen anstelle des Einzelbelegnachweises und mehrjährige Bewilligungen für dauerhafte Aufgaben, damit Träger Arbeitsverträge über das Jahresende hinaus anbieten können. Geprüft wird stichprobenweise und wirkungsbezogen.

Bereich Wohnen

7. In Berlin gibt es zu wenig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, weshalb politische Lösungen dringend erforderlich sind. Was tun Sie, damit es mehr bezahlbare Wohnungen ohne Barrieren gibt?

Berlin fehlen nach einer Bedarfsrechnung des Senats rund 57.000 barrierefreie Wohnungen. Diese Lücke schließt keine Vorschrift, sondern nur Bauen. Barrierefrei geplanter Neubau kostet etwa 1 bis 1,5 Prozent mehr und soll deshalb der Normalfall sein; wo wir Genehmigungsverfahren beschleunigen, geht es um Fristen und Prüfumfang, nicht um Abstriche bei der Zugänglichkeit. Für den Bestand wollen wir ein Landesprogramm für Aufzüge, Rampen und schwellenlose Bäder, das auch kleinen privaten Eigentümern offensteht.

8. Gerade in Berlin betrifft die Wohnungsfrage nicht nur den Neubau, sondern auch den Schutz bestehender Mietverhältnisse – besonders für Menschen mit geringem

Einkommen oder Unterstützungsbedarf. Was tun Sie konkret, um steigende Mieten zu begrenzen und Verdrängung zu verhindern?

Wer seine Wohnung über Jahre angepasst hat, kann nicht einfach umziehen. Wirksamer Schutz liegt für uns in mehr Neubau, in direkten Mietzuschüssen für Haushalte mit Wohnberechtigungsschein und in einem belastbaren Kündigungsschutz für langjährige, vertragstreue Mieter im höheren Alter. Bei geförderten Wohnungen sollen Wohnsitzdauer, Einkommen, Kinderzahl und Pflegeverantwortung zählen. Genossenschaften wollen wir bei der Vergabe landeseigener Grundstücke bevorzugen.

Bereich Barrierefreie Kommunikation und Information

9. Viele Menschen können schwierige Sprache nicht gut verstehen. Deshalb müssen wichtige Informationen auch in Leichter Sprache verfügbar sein. Das gilt zum Beispiel für die Website berlin.de und für Anträge. Bis wann sind alle wichtigen Informationen im Land Berlin auch in Leichter Sprache zu finden?

Ein Bescheid, den der Empfänger nicht versteht, ist wertlos. § 15 LGBG verpflichtet die Behörden längst zu verständlicher Sprache, umgesetzt ist das nicht. Wir wollen einen verbindlichen Stufenplan: bis Ende 2027 alle Antrags- und Bescheidvorlagen in Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, Grundsicherung, Schwerbehindertenausweis und Wohngeld in Leichter Sprache, bis 2030 die übrigen Kernleistungen der Bezirksämter.

10. Wie wird sichergestellt, dass trotz notwendiger Digitalisierung künftig analoge Angebote des Landes bestehen, falls Bürgerinnen und Bürger eine Digitalisierung nicht umsetzen können oder wollen?

Digitalisierung soll Menschen helfen, sie darf keine Zugangshürde werden. Antragsformulare bleiben in Papierform verfügbar, Termine müssen telefonisch und am Schalter zu bekommen sein, und bei existenzsichernden Leistungen darf es kein rein digitales Verfahren geben. Wer die Wohnung nicht verlassen kann, hat Anspruch darauf, dass die Verwaltung zu ihm kommt. Bürgerämter und Sozialämter müssen in erreichbarer Nähe bleiben.

Bereich Mobilität

11. Wie wird gewährleistet, dass Inklusionstaxen einfach und verlässlich zur Verfügung stehen statt nur am BER?

In der Tat ist dies ein großes Problem. Wir setzen uns für eine Veränderung der Zufahrtsregeln zum Standbereich des BER ein, so dass es keine Bevorzugung von Inklusionstaxen mehr gibt, die dann in der Innenstadt fehlen.

Darüber hinaus wollen wir die Förderung von Inklusionstaxen abhängig davon machen, dass eine Mindestzahl von „Inklusionsfahrten“ im Monat nachgewiesen wird (Unterschreitung über einen längeren Zeitraum führt zu Kürzungen).

12. Bis wann werden zumindest alle Hauptstraßen Berlins mit ihren Kreuzungen und Einmündungen überall barrierefreie Doppelquerungen haben?

Die Einführung barrierefreier Doppelquerungen ist eine aus unserer Sicht wichtige Aufgabe. Deshalb fordern wir, dass bei der Neuplanung von Kreuzungen automatisch Doppelquerungen vorgesehen werden, ggf. die Infrastruktur Planung so gestaltet wird, dass platzmäßig eine Doppelquerung möglich ist.

Das Gleiche gilt für die Durchführung von Bordsteinabsenkungen; statt der üblichen „allgemeinen“ Absenkung auf 3cm ist eine Doppelquerung vorzusehen. Müssen abgesenkte Bordsteine saniert werden, fordern wir eine derartige Umgestaltung.

Die Frage, bis wann an allen Hauptstraßen Doppelquerungen an Kreuzungen und Einmündungen vorhanden sein werden, lässt sich aus unserer Sicht nicht seriös beantworten. Wir setzen uns dafür ein, dass dies möglichst schnell passiert, sehen aber aufgrund der Haushaltslage keine Möglichkeit ein bestimmtes Datum vorzugeben.

Bereich Bildung

13. Eltern dürfen wählen, dass ihr Kind eine Regelschule besucht. Aber oft klappt das nicht in der Praxis – weil passende Unterstützung und Personal fehlen. Was planen Sie, damit dieses Recht auch wirklich funktioniert?

Eltern sollen eine echte Wahlmöglichkeit haben. Wenn ein Kind das Bildungsziel der jeweiligen Schulform erreichen kann, darf der Besuch einer Regelschule nicht daran scheitern, dass die notwendige Unterstützung fehlt. Dafür wollen wir die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen und Schulen bedarfsgerecht ausstatten.

14. Manche Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen können nicht an Prüfungen teilnehmen. Zum Beispiel, weil Prüfungen nicht barrierefrei sind. Oder weil sie nicht in Gebärdensprache möglich sind. Oder weil manche Kinder anders unterrichtet werden als die anderen – das nennt man zieldifferenter Unterricht. Diese Kinder dürfen dann gar nicht an Prüfungen teilnehmen und bekommen keinen Schulabschluss. Was planen Sie, damit alle Schülerinnen und Schüler die Chance auf einen Abschluss haben?

Für Schüler, die zieldifferenter unterrichtet werden, wollen wir die Inklusiven Schwerpunktschulen stärken. Zugleich halten wir an Förderschulen als eigenständigem Angebot fest. Wir wollen die Barrierefreiheit der Berliner Schulen weiter verbessern und dabei ausgewählte Schulen als Schwerpunkte stärken.

Der Mangel an geeigneten Schulplätzen für Kinder mit Autismus und anderen besonderen Förderbedarfen ist bereits seit Jahren ein Problem. Die AfD hat dieses Problem bereits früh parlamentarisch aufgegriffen und 2018 dazu eine Anhörung im Bildungsausschuss durchgesetzt. Wir wollen dafür sorgen, dass für alle Kinder ausreichende und geeignete Schulplätze zur Verfügung stehen. Nichtbeschulung ist keine Option.